



Inhaltsverzeichnis

Präambel	Seite 2
Wohnen	Seite 4
Stadtplanung	Seite 6
Ökologische Modernisierung	Seite 9
Klimaschutz	Seite 12
Mobilität und Verkehr	Seite 15
Öko-Region München	Seite 20
Demografischer Wandel	Seite 21
Stadtfinanzen	Seite 23
Wirtschaft	Seite 25
Familie	Seite 28
Jugend	Seite 30
Schule und Bildung	Seite 32
Gleichstellung	Seite 35
Vielfältige Lebensentwürfe	Seite 38
Migration	Seite 40
Gesundheit	Seite 43
Ernährung	Seite 46
Soziales	Seite 48
Bürgerinnen, Bürger und Stadt	Seite 50
Sicherheit	Seite 52
Rechtsextremismus	Seite 53
Kultur	Seite 54
Sport	Seite 57
Global denken - lokal handeln	Seite 59
Unsere KandidatInnen für den Stadtrat	Seite 61
Kommunalwahl 2008 - wie geht's?	Seite 66
Impressum.....	Seite 70



Präambel

GRÜN tut München gut

GRÜNE Politik ist globale Politik: Klima, Ökologie, Menschenrechte, Wirtschaft oder Migration machen nicht an den Grenzen halt - auch nicht an den Stadtgrenzen. Umsetzen müssen und wollen wir GRÜNE Politik aber hier in München, wo wir zu Hause sind.

Als Bürgermeister, Referentinnen und Referenten, Stadträtinnen und Stadträte, Bezirksausschuss-Mitglieder und aktive Bürgerinnen und Bürger arbeiten wir seit vielen Jahren daran, diese Stadt urban und weltoffen, aber auch vertraut und wohnlich zu gestalten. Wir haben dabei sowohl die Probleme der Globalisierung und des Klimawandels als auch die Ärgernisse direkt vor unserer Haustür im Blick und versuchen, Lösungen zu finden.

Die GRÜNEN prägen die Münchner Kommunalpolitik seit 17 Jahren. In dieser Zeit haben wir viel erreicht. München ist die Energiesparhauptstadt und bei den Metropolen die Solarstadt Nr. 1. In München haben sich viele innovative Firmen angesiedelt. Dank der Renaturierung hat die Isar wieder den Charakter eines Flusses angenommen. Zur hohen Lebensqualität in München gehören auch die vielen Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien sowie die deutschlandweit vorbildlichen Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen und Migranten.

Münchnerinnen und Münchner wollen in einer liberalen und solidarischen Stadtgesellschaft leben. Sie wollen keinen Überwachungsstaat. Natur und Gesundheit sind ihnen wichtig. Bio boomt in München - Genfood ist nicht gewollt. Die Münchnerinnen und Münchner schätzen die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs. Sie lieben die Isar und den Englischen Garten. GRÜN passt zu München!



Großstädte wie München sind durch Dichte und Vielfalt gekennzeichnet. Gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Dynamik und Modernität - aber auch historische Erfahrung und Tradition - zeichnen sie aus. GRÜN steht für Urbanität, für eine kreative, vielfältige und tolerante Stadt. Wir wollen das Zusammenleben für alle lebenswert gestalten. Wir sind die moderne Großstadtpartei für München.

Wir haben viel erreicht. Aber: Wir wollen noch mehr GRÜNE Innovationen für unser aller Zukunft: beim Umweltschutz, bei der Energie- und Verkehrspolitik, in der Bildung, bei der Integration. Dafür brauchen wir ein sehr gutes Wahlergebnis. Mindestens 15 Prozent ist unser Ziel!



Wohnen

Wohnraum ist Grundbedürfnis, nicht Luxus

Der Erhalt preiswerten Wohnraumes und der Neubau bezahlbarer neuer Wohnungen sind gerade für München eine Kernaufgabe der Stadtpolitik, denn München hat seit Jahren die teuersten Mieten in ganz Deutschland. Allein für die Miete - ohne Heiz- und Nebenkosten - zahlen Münchner Haushalte bereits durchschnittlich etwa 35 Prozent ihres Nettoeinkommens. Verschärft wird die Situation noch durch das anhaltende Wachstum der Einwohnerzahl: Einmal durch Neubürgerinnen und Neubürger, die in München aufgrund der guten



wirtschaftlichen Situation der Stadt gebraucht werden, und zusätzlich durch den Geburtenüberschuss trotz bundesweit sinkender Kinderzahlen. Das Grundbedürfnis Wohnen droht für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zum Luxusgut zu werden (57 % der Münchnerinnen und Münchner hatten 2004 grundsätzlich Anspruch auf eine öffentlich

geförderte Wohnung). Gleichzeitig nimmt aber der Bestand an Sozialwohnungen ab und es werden zahlreiche Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt.

Im Mittelpunkt GRÜNER Wohnungspolitik im Rathaus stehen daher die Bedürfnisse der Menschen. Dazu zählen besondere Angebote für Familien und Seniorinnen und Senioren genauso wie die Unterstützung innovativer Wohnformen und ökologischer Projekte am Wohnungsmarkt. Mit dem Programm "Wohnen in München" investierte die Stadt im Zeitraum 2001 bis 2005 beispielsweise 296 Millionen Euro in die Wohnungsbauförderung. Jährlich konnten so

6.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Bei den Altbauwohnungen konnten wir bezahlbaren Wohnraum sichern und ausbauen - mit Maßnahmen wie der dauerhaften Belegung von Sozialwohnungen im stadteigenen Wohnungsbestand oder dem Erhalt sozialer Mietkonzepte.

GRÜNE Ziele in der Wohnungspolitik:

1. Unterstützung von Baugemeinschaften und -genossenschaften - etwa durch frühzeitige Grundstücksoption zur besseren Planung und Gruppenfindung.
2. Verbesserung bei günstigem Wohnraum und Sozialwohnungen - sowohl durch eine erleichterte Vergabe von Sozialwohnungen an Auszubildende als auch durch die Förderung einer sozial und ökologisch orientierten Stadterneuerung.
3. Förderung des Miteinanders im Wohnquartier und im Stadtviertel: Unterstützung von Einrichtungen wie Bewohnertreffs und Mehrgenerationenhäusern, integrative Angebote für Alt und Jung oder Nachbarschaftshilfe für Seniorinnen und Senioren.
4. Erhöhung der ökologischen Kriterien bei der Vergabe von städtischen Grundstücken für Wohnungsbau: städtische Gebäude sind möglichst im Passivhausstandard zu bauen.
5. Förderprogramm "ökologische Ausstattung in Alt- und Neubau": Unterstützung von Investitionen in Wärmedämmung, Blockheizkraftwerke, Regenwassernutzung und Solarthermie mit 20 Millionen Euro jährlich.

Münchner Wohnungsbau verpflichtet sich zum Klimaschutz

Die vier kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Münchens haben sich im Februar 2006 dazu verpflichtet, bei allen Neubauten und Sanierungsmaßnahmen die Vorgaben der Energieeinsparverordnung beim Wärmeverlust der Gebäude um 10 Prozent zu unterschreiten. Klimaschutz bei Gebäuden ist eine wichtige Investition in die Zukunft und bringt den Mieterinnen und Mietern Entlastungen bei der zweiten Miete, den Heiz- und Nebenkosten. Mittelfristig werden wir uns dafür einsetzen, dass der Energieverbrauch der mehr als 40.000 städtischen Wohnungen um weitere 20 Prozent gesenkt werden kann.

Stadtplanung

Gestaltungsmöglichkeiten nutzen - für eine nachhaltige Stadtentwicklung!

München wächst - Betriebe und Unternehmen im Stadtgebiet ebenso wie die Einwohnerzahl. Das Planungsreferat der Stadt München rechnet in den nächsten 15 Jahren mit einem jährlichen Bedarf von bis zu 7.000 Wohneinheiten mit einem Flächenverbrauch von 30 bis 40 Hektar. Die Folge ist ein steigender Siedlungsdruck auf die Freiflächen der Stadt. Doch der wirtschaftliche Boom bietet auch Chancen: München kann sich eine hervorragende Infrastruktur leisten, die Voraussetzung für die dauerhafte Attraktivität und soziale Stabilität der Stadt ist.

Leitfaden der GRÜNEN für die Stadtentwicklung ist eine dichte, am öffentlichen Nahverkehr ausgerichtete Bebauung, die München zu einer Stadt der kurzen Wege macht und die Rentabilität von Infra-



struktureinrichtungen sichert. Die dichte Bebauung ist aber nur auszuhalten, wenn größere und qualitätsvolle öffentliche Freiräume für Naturschutz und Naherholung erhalten und geschaffen werden und grüne Wegenetze die Stadt fern der Hauptverkehrsstraßen erschließen.

In einer pluralen Stadtgesellschaft muss Stadtplanung darüber hinaus auf die vielfältigen und sich wandelnden Bedürfnisse, die an Außen- und Innenräume gestellt werden, reagieren können: Flexible Nutzungsmöglichkeiten von Räumen, intensive Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen und kleinteilige Grundstücksvergaben sind Voraussetzung für eine lebendige und an den Menschen orientierte Planung.

Stadtplanung muss auch die Attraktivität Münchens als Wohnort wie als touristisches Ziel erhalten und fördern. Beim Denkmalschutz unterstützen die GRÜNEN Konzepte zur Erhaltung der Stadtgeschichte bei gleichzeitiger vermehrter Nutzung als Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger. Aber auch moderne Architektur, wie der Olympiapark, wertet das Stadtbild nachhaltig auf. Die GRÜNEN orientieren sich am Leitbild einer ästhetisch anspruchsvollen Stadtstruktur. Sie sind offen für vielfältige Architektursprachen und fördern die Mitsprache von Künstlerinnen, Künstlern und Landschaftsarchitektinnen, -architekten.



GRÜNE Ziele bei der Stadtplanung:

1. Auch zukünftiger Erhalt des Verhältnisses von Siedlungs- und Verkehrsflächen zu Freiflächen (laut Flächennutzungsplan sind 42 Prozent des Stadtgebietes als Freiflächen ausgewiesen). Die GRÜNEN setzen sich für eine Siedlungsentwicklung ein, die einerseits Flächen restrukturiert (Umnutzung etwa von Kasernen, Bahnarealen), die andererseits bestehende Flächen verdichtet, um nicht neue Freiflächen zu überbauen.
2. Ökologischer Bau neuer Siedlungen: In mindestens einer Modellsiedlung wollen die GRÜNEN Bauweisen realisieren, die weit über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen.
3. Planung von Hochhäusern und Gebäudekomplexen an angemessenen Standorten nur mit bester öffentlicher Verkehrserschließung. Bei der Stadtplanung ist nicht die Höhe eines Gebäudes entscheidend, sondern Gesamterscheinung und Gestaltungsqualität des Architekturmodells.
4. Naturnahe und vielfältig nutzbare Gestaltung von Freiflächen.
5. Weiterführung sozialgerechter Bodennutzung als wichtiges Steuerungsinstrument für die soziale Mischung in neuen Stadtquartieren.
6. Stärkung der Stadtteil- und Quartierszentren, um lebendige Stadtviertel zu ermöglichen. Einkaufszentren auf der grünen Wiese lehnen wir ab.
7. Verstärkte Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern im Planungsprozess, um die Berücksichtigung der Bedürfnisse vor Ort zu gewährleisten und die Akzeptanz von stadtplanerischen Maßnahmen zu fördern.



"Platz da!"

Initiative der GRÜNEN für den öffentlichen Raum

Als Ausgleich für die auch von den GRÜNEN angestrebte dichte Bebauung muss der öffentliche Raum als Ort der Kommunikation und des urbanen Lebens an Bedeutung gewinnen. Mit der Initiative und der eigenen Publikation "Platz da!" machen die GRÜNEN den öffentlichen Raum zu einem Schwerpunktthema.

Plätze und Straßen in den Wohnvierteln müssen für die Menschen (wieder) zu einem attraktiven Lebensraum werden. Die GRÜNEN setzen sich ein für Spielstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzonen in Stadtteilzentren - wie etwa in Pasing. Zusätzlich planen die GRÜNEN die Erprobung innovativer Konzepte wie die Einrichtung von "Flanierzonen" nach Schweizer Vorbild: In einzelnen Geschäftsstraßen gilt hier für den Verkehr Tempo 20 und Vorrang für Fußgängerinnen und Fußgänger. Auch autofreie Wohnstraßen ("temporäre Bürgerstraßen"), etwa an Sonntagen, können Raum zum Flanieren und Spielen schaffen.

Ökologische Modernisierung

Erhalt und Gestaltung von Natur und Umwelt

München ist grüner geworden. Trotz Nachverdichtung und Bau neuer Wohnquartiere hat die Stadt in den letzten Jahren neue Grünflächen und Parks (zum Beispiel in Riem oder im Arnulfpark) geschaffen, wurden Schulhöfe begrünt oder Freiflächen von Kindergärten naturnah umgestaltet. Die GRÜNEN haben sich im Rathaus erfolgreich dafür eingesetzt, dass trotz des notwendigen Flächenverbrauchs für den Wohnungsbau angemessene Ausgleichsflächen gesichert wer-



den. Seit Jahren werden in München regelmäßig mehr Bäume gepflanzt als gefällt. Durch eine stadtklimatisch wirksame Vernetzung von Grünflächen und Biotopen konnten ökologisch verträgliche Lösungen durchgesetzt werden - natürlich immer unter sorgsamer Abstimmung mit den Nutzungsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Natur- und Umweltschutz innerhalb einer Großstadt ist für die GRÜNEN nur in einem ganzheitlichen Ansatz, der sich aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen zusammensetzt, zu verwirklichen: So wurden etwa die gesamten Münchner Wälder nach den Richtlinien



von Naturland und FSC zertifiziert. Mit der Novellierung der Baumschutzverordnung konnte der Erhalt vieler Bäume im Innenstadtbereich gesichert und gleichzeitig der bürokratische Aufwand verringert werden. Laubsammelaktionen von Schulen und Kindergartengruppen helfen gegen die Ausbreitung der Miniermotte, welche die Kastanienblätter schädigt; Biotope werden inzwischen neben dem Baureferat im Auftrag der Stadt auch vom Landesbund für Vogelschutz (LBV) gepflegt, und mehr Grünflächen werden statt als Schnittrasen nun als Blumenwiesen bewirtschaftet. Mit dem Münchner Vorsorgemodell versucht die Stadt, die Strahlungsbelastung von Mobilfunkmasten auf städtischen Grundstücken zu senken.

von Naturland und FSC zertifiziert. Mit der Novellierung der Baumschutzverordnung konnte der Erhalt vieler Bäume im Innenstadtbereich gesichert und gleichzeitig der bürokratische Aufwand verringert werden. Laubsammelaktionen von Schulen und Kindergartengruppen helfen gegen die Ausbreitung der Miniermotte, welche die Kastanienblätter schädigt; Biotope werden inzwischen neben dem Baureferat im Auftrag der Stadt auch vom Landesbund für Vogelschutz (LBV) gepflegt, und mehr Grünflächen werden statt als Schnittrasen nun als Blumenwiesen bewirtschaftet. Mit dem Münchner Vorsorgemodell versucht die Stadt, die Strahlungsbelastung von Mobilfunkmasten auf städtischen Grundstücken zu senken.



GRÜNE Ziele im Natur- und Umweltschutz:

1. Weitere Vernetzung der Grünzüge als Erholungsraum und Lebensraum für Flora und Fauna. Auch Kleinflächen wie Hinterhöfe oder Schulgärten sollen in das Grünnetzwerk mit einbezogen werden.
2. Gründung eines Landschaftspflegeverbands, bessere Vernetzung der einzelnen Akteure im Arten- und Biotopschutz, Entwicklung einheitlicher Pflegestandards - verbunden mit einer personellen Aufstockung im Referat für Gesundheit und Umwelt. Bis 2020 Verringerung der jährlich neu versiegelten Fläche in München um mindestens 50 Prozent. Gleichzeitig soll jede neu versiegelte Fläche durch Entsiegelung anderer Bereiche möglichst weitgehend kompensiert werden.
3. Einbindung des flächenhaften Naturschutzes (Umsetzung der europaweiten Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) in das Referat für Gesundheit und Umwelt.
4. Weitere Maßnahmen zur Verbesserung und Sicherung der Wasserqualität der Badeseen.
5. Entwicklung von Konzepten zur besseren Information der Bevölkerung zum Schutz von Pflanzen und Tierarten in den Naturschutzgebieten der Stadt.



Die Isar - grüne Lebensader Münchens

Die Renaturierung der Isar im Stadtgebiet hat bereits zu einer erheblichen Verbesserung der Wasserqualität geführt. Die Umgestaltung zur naturnahen Flusslandschaft wird mit dem letzten Bauabschnitt zwischen Braunauer Eisenbahnbrücke und Deutschem Museum bis Winter 2008 abgeschlossen sein. Zu den Erfolgen GRÜNEN Engagements für die Isar gehört auch die Abwasserdesinfektion im Münchner Klärwerk Gut Marienhof sowie in den meisten Kläranlagen der übrigen Isargemeinden. Ein weiterer GRÜNER Erfolg ist, dass die Wassermenge der Isar, die nicht in den Isarkanal abgeleitet wird, mehr als verdoppelt wurde - zur Verbesserung von Fauna und Flora und zur Steigerung des Erholungswertes.

Klimaschutz

Höchste Zeit für die Energiewende

Wenn es nicht gelingt, den weltweiten Ausstoß von Kohlendioxid radikal zu verringern, wird sich die gesamte Erde bis Ende dieses Jahrhunderts um bis zu 6,4 Grad erwärmen - so der aktuelle UN-Klimabericht. Klimaschutz steht daher weltweit ganz oben auf der Agenda der Politik. Effektiver Klimaschutz ist jedoch nicht auf internationalem Parkett per Beschluss zu erreichen; nur mit der praktischen Umsetzung vieler kleiner Maßnahmen vor Ort in Kreisen und Kommunen kann der CO₂-Ausstoß Schritt für Schritt gesenkt werden. München ist heute die Bundeshauptstadt im Energiesparen und Solarhauptstadt unter den deutschen Metropolen. Die Weichen dazu wurden bereits 1991 gestellt, als die Stadt dem Klimabündnis beitrug und sich verpflichtete, bis 2030 ihre CO₂-Emission im Vergleich zu

1990 zu halbieren. Im Förderprogramm Energieeinsparung werden beispielsweise seit 1989 Energieeinsparung und Erneuerbare Energien in privaten Haushalten bezuschusst. Die tatsächlichen Investitionen, die elf mal höher als die Finanzmittel der städtischen Anschubfinanzierung sind, senken den Kohlendioxidausstoß um 6.000 Tonnen jährlich. Das Fifty-Fifty Projekt motiviert Münchner Schulen zu selbsttätigem Handeln im Klimaschutz: Die Hälfte



der eingesparten Energiekosten können die Schulen zur eigenen Verwendung behalten. Bei städtischen Hochbaumaßnahmen wird die Energieeinsparverordnung um 15 % unterschritten. Und ab 2008 werden die Stadtwerke München für ihre Kunden ein Klimaschutzpaket in Höhe von 10 Millionen Euro für 10 Jahre auflegen.

GRÜNE Ziele beim Klimaschutz:

1. Einrichtung eines Klimaschutzbüros. Damit lassen sich die städtischen Aktivitäten im Klimaschutz effizient vernetzen und Massnahmen zur Motivation der Münchnerinnen und Münchner initiieren.
2. Ausschließlicher Kauf energieeffizienter Geräte und besonders schadstoffarmer Fahrzeuge durch die Stadtverwaltung sowie Einsatz von Energiesparlampen in allen städtischen Gebäuden.
3. Verdreifachung des Förderprogramms Energieeinsparung: Damit können jährlich 60 Millionen private Investitionen ausgelöst werden, von denen neben dem Klima vor allem auch Münchner Handwerksbetriebe profitieren.

4. Einführung eines Münchner Sanierungsstandards, der bei der Modernisierung von Gebäuden weit über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht und dennoch wirtschaftlich ist.
5. Ausweitung der bereits beschlossenen Umweltzone auf das ganze Stadtgebiet und Verschärfung der Zufahrtsregelung - denn schadstofffreie Fahrzeuge stoßen auch sehr viel CO₂ aus.
6. Keine weiteren Beteiligungen der Stadtwerke an Kohlekraftwerken: Gegen Strom aus Kohle sprechen sowohl der CO₂-Ausstoß als die zu erwartende Teuerung wegen abnehmen der Kohlereserven und die ungeklärte Zukunft im Emissionshandel.
7. Senkung der CO₂-Emissionen bis 2030 um 50 %.

20 Prozent Erneuerbare Energien bis 2020

Auf Initiative der GRÜNEN verpflichtete der Stadtrat die Stadtwerke zur Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Eigenstromerzeugung von heute 4,6 Prozent auf mindestens 20 Prozent bis 2020. Ein Gutachten des Ökoinstitut Freiburg hat die Potentiale für München skizziert: Schwerpunkt werden neben Beteiligungen an großen Windkraftanlagen und Solarthermieprojekten die Nutzung von Biomasse und der Ausbau der Wasserkraft in Oberbayern sein. Zusätzlich lassen sich auch Geothermie und Photovoltaikanlagen nutzen. Längerfristig fordern die GRÜNEN einen Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung der Stadtwerke auf 50 Prozent.



Mobilität und Verkehr

Bürger in Bewegung - statt im Stau

GRÜNE Mobilitätspolitik bringt alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer zeitsparend und ressourcenschonend ans Ziel. In einer Großstadt wie München ist dies nur mit einem gut organisierten Mix aller Verkehrsarten möglich - insbesondere mit einem gut ausgebauten Netz sowohl für den öffentlichen Nahverkehr wie für Radfahrerinnen/ Radfahrer und Fußgängerinnen/ Fußgänger. Die teils schlecht organisierte Mobilität wie die einseitige Bevorzugung des Kfz-Verkehrs führt dagegen zu Stau, Sicherheitsrisiken sowie zu hohen Kosten sowohl für die öffentliche Hand als auch für die privaten Haushalte. Gleichzeitig verursachen Lärm, Luftschadstoffe und Flächenverbrauch die größten gesundheitlichen Belastungen und tragen massiv zum Treibhauseffekt bei.

In der Münchner Verkehrspolitik wurden schon viele GRÜNE Maßnahmen umgesetzt - und sie haben sich bewährt: Das Parkraummanagement in der Innenstadt beispielsweise ist ein Erfolgsmodell, das in den nächsten Jahren auf alle Bereiche innerhalb des Mittleren Ringes ausgedehnt wird. Auch beim Radverkehrsnetz zeigen aktuelle Verkehrs-zählungen, dass die konsequente GRÜNE Fahrradverkehrsförderung - wie das Öffnen von Einbahnstraßen, die Markierung von Radstreifen und Fahrradstraßen - das Radfahren in der Stadt attraktiver macht.



Gleichzeitig erreichten die GRÜNEN, dass auf eine Reihe teurer und unsinniger Straßenbaumaßnahmen - wie etwa die Verlängerung der Ständlerstraße - verzichtet wird. Das nachgewiesenermaßen effiziente Mobilitätsmanagement konnte sich neben den infrastrukturlastigen Verkehrsbereichen etablieren. Ein Bündel an konkreten Maßnahmen und Projekten des Mobilitätsmanagement wurde auf den Weg gebracht. GRÜNE Politik ermöglicht immer mehr Münchnerinnen und Münchnern eine Mobilität ohne Auto.

Das GRÜNE Mobilitätskonzept setzt sich aus folgenden Säulen zusammen:

1. **Schwerpunkt Radverkehr:** In der Stärkung des Radverkehrs liegt einer der Schlüssel für eine lebenswerte Stadt. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes reicht eine Verlagerung jeder dritten Autofahrt von weniger als sechs Kilometern auf den Radverkehr, um den gesamten Kraftstoffverbrauch der PKWs um sieben Prozent zu verringern. Die GRÜNEN setzen sich für eine deutliche Erhöhung der Investitionsmittel für den Radverkehr ein, um den Verkehrsentwicklungsplan "Rad" zügig umzusetzen.
2. **Zu Fuß mobil:** Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen und mehr oberirdische, barrierefreie Straßenübergänge erhöhen den Lebenswert in der Innenstadt genauso wie in den einzelnen Stadtteilen. Der Straßenraum soll zukünftig zugunsten der Fußgängerinnen/Fußgänger umverteilt werden. Das ist nicht nur eine gesundheitliche Präventionsmaßnahme, sondern die Straßen werden damit als urbane Freiräume und Aufenthaltsflächen wieder nutz- und erlebbar.
3. **Öffentlicher Nahverkehr:** Mit dem MVV kommen bereits heute jährlich 600 Millionen Fahrgäste ans Ziel. Dennoch ist ein weiterer dynamischer Ausbau unverzichtbar, um das Angebot noch attraktiver zu machen und mehr Bürgerinnen und Bürgern umweltfreundliche Verkehrsanbindungen zu bieten. Straßenbahnen sollten als Chance genutzt werden, Straßenräume urban aufzuwerten - so wie es vor allem in vielen französischen Städten der



Fall ist. Beim Ausbau der U-Bahnen bis zum Stadtrand ist eine genaue Prüfung der Kosten-Nutzen-Relation sowie der Alternativen notwendig.

4. Motorisierter Individualverkehr: Er muss auf bestehenden Hauptstraßen gebündelt werden. Die GRÜNEN akzeptieren den Bau eines Tunnels am Mittleren Ring Süd-West. Den weiteren Aus- und Neubau von Trassen und Spangen im Großraum München lehnen wir hingegen bis auf verkehrstechnisch begründete Einzelfälle aus ökonomischen wie ökologischen Gründen ab.
5. Flugverkehr: Das ungebremsste Wachstum des Flugverkehrs ist unter ökologischen Gesichtspunkten eine Fehlentwicklung, für die die fehlende Besteuerung des Flugbenzins ursächlich ist. Für einen Flugverkehr unter vernünftigen ökologischen Bedingungen sind die bestehenden Flughafenkapazitäten völlig ausreichend.
6. Mobilitäts- und Verkehrsmanagement: Durch Information, Beratung und Motivation können bis zu fünf Prozent des Pkw-Verkehrs eingespart werden. Zusätzlich sichert eine flächenhafte Bewirtschaftung des Parkraumes die Erreichbarkeit im Liefer- und Besucherverkehr und verhindert dabei, dass Berufspendler mit dem Auto in die Stadt fahren. Technisch unterstützte Verkehrssteuerung (Telematik) dosiert den Verkehr und schafft funktionierende "grüne Wellen", die die Sicherheit erhöhen und den bestehenden Verkehr flüssiger machen.
7. Umweltzone und City-Maut: Die im Luftreinhalteplan beschriebenen Maßnahmenpakete sind insbesondere durch die Einführung einer wirksamen Umweltzone umzusetzen - zunächst innerhalb des Mittleren Rings und längerfristig im gesamten Stadtgebiet. Falls diese Maßnahmen keine befriedigende Wirkung hinsichtlich einer Reduzierung des Kfz-Verkehrs bewirken, sollte eine City-Maut erwogen werden.



8. Eine gut durchmischte Siedlungsstruktur nach dem Motto "kompakt - urban - GRÜN" schafft eine Stadt der kurzen Wege und erleichtert die Nahmobilität zu Fuß und mit dem Fahrrad. Sie ermöglicht den effizienten Betrieb eines attraktiven öffentlichen Verkehrs durch die dichte Besiedlung um die wichtigsten Haltepunkte herum. Gleichzeitig wird zwischen den verdichteten Stadträumen Platz für großzügige Grün- und Erholungsräume geschaffen.

GRÜNE Ziele in der Mobilitätspolitik:

1. Bis 2014 Steigerung des Verkehrsanteils des ÖPNV von heute 22 auf 25 Prozent und des Radverkehrs von 10 auf 15 Prozent.
2. Massiver Ausbau der Radverbindungen, schnelle Umsetzung des Beschilderungskonzeptes, Realisierung des Bike- und Ride-Konzeptes an S- und U-Bahnhöfen und Schaffung von guten Abstellanlagen in den Stadtteil- und Quartierszentren.
3. Förderung der Mobilität zu Fuß durch Verhinderung des Parkens auf Gehwegen, durch Wegweiser für Fußgängerinnen/Fußgänger und einen Fußgängerstadtplan.
4. Ausbau des Straßenbahnnetzes: für die Verlängerung bestehender Linien und den Bau neuer Strecken; Ausbau des S-Bahn Südringes und der Außenäste, um möglichst günstig und rasch den 10-Minuten-Takt umsetzen zu können.
5. Entlastung von Innenstadt und Wohngebieten vom motorisierten Individualverkehr.
6. Ablehnung der dritten Startbahn für den Flughafen und des Ausbaus der Regionalflughäfen.



7. Verkehrssteuerung durch zielgruppenspezifische Mobilitätsberatung; Dämpfung des Verkehrszuflusses an sensiblen Stellen durch Verlagerung von unvermeidbaren Staus in unempfindlichere Gebiete.
8. Einführung einer wirksamen Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings, längerfristig Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet; Prüfung der Einführung der City-Maut.

Transrapid: Milliardenteurer Geschwindigkeitsrausch

Der Bau einer Magnetschwebebahn vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen ist ein Prestigeprojekt der Bayerischen Staatsregierung, das jeden wirtschaftlich vernünftigen Rahmen sprengt. Über 2 Milliarden Euro wollen Bund und Freistaat ausgeben, um die Flughafen-Verbindung 10 Minuten schneller als eine Express-S-Bahn zu machen. Die rot-GRÜNE Mehrheit im Münchner Stadtrat ist sich einig, alle politischen und juristischen Mittel zu nutzen, um diesen verkehrs- und finanzpolitischen Wahnsinn zu stoppen. Um die Anbindung an den Flughafen zu verbessern, favorisieren die GRÜNEN den Bau einer Express-S-Bahn, die durch eine weitere Haltestelle auch Perspektiven für die Stadtentwicklung im Münchner Osten bietet.



Öko-Region München

Lebensqualität erhalten und erweitern

Viele politische und gesellschaftliche Probleme Münchens machen nicht an den Stadtgrenzen halt. Das anhaltende Bevölkerungswachstum in München und den Umlandgemeinden sowie die zunehmende Ausweisung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese stellen die gesamte Region vor schwierige Aufgaben: So verschärft beispielsweise eine Siedlungsentwicklung in der Fläche ohne leistungsstarke ÖPNV-Anbindung die ohnehin schon schwierige Verkehrssituation; Einzelhandelsgroßprojekte an den Rändern von Gemeinden gefährden die kleinräumige Nahversorgung in den gewachsenen Siedlungszentren.



Eine Abstimmung der Siedlungsentwicklung über Gemeindegrenzen hinweg stärkt nicht nur die Attraktivität der einzelnen Kommunen, sondern ermöglicht auch die Entwicklung effizienter Konzepte für überörtliche Ver- und Entsorgungseinrichtungen - etwa beim Abfall, beim Abwasser oder beim ÖPNV-Angebot in der Region und bei Vernetzung und Erhalt wertvoller Flächen für Flora und Fauna. Den Bewohnerinnen und Bewohnern sichert sie sowohl Einkaufsmöglichkeiten vor Ort wie kurze Wege zu Naherholungsräumen.



GRÜNE Ziele für Stadt und Umland:

1. Einrichtung von regionalen Gremien für eine nachhaltige Entwicklung des Großraums München. Nur so lassen sich Fehlentwicklungen vermeiden, die aus der separaten Umsetzung kommunaler Eigeninteressen einzelner Städte und Gemeinden entstehen. Die Planungsgremien sollen von den Bürgerinnen und Bürgern der Region direkt gewählt werden.
2. Entwicklung von Instrumenten für einen fairen interkommunalen Finanzausgleich: Damit können ungezügelter Gewerbeansiedlungen zu Lasten von Nachbargemeinden verhindert und außer gewöhnliche Belastungen einzelner Kommunen kompensiert werden.
3. Ausbau von München und seinem Umland zu einer Top-Öko-Region in Europa - mit einer effizienten Energienutzung und dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung; mit Klimaschutz durch eine umweltfreundliche Verkehrsinfrastruktur; durch sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und wertvollen Naturschutzflächen.

Demografischer Wandel

Miteinander der Generationen

Auch für München gilt, was überall in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die gesellschaftliche Entwicklung prägen wird: Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wird sich deutlich erhöhen. Bisher allerdings fehlt eine Politik, die sich gezielt an den Bedürfnissen von Seniorinnen und Senioren orientiert und gleichzeitig Kinder und Jugendliche - die Zukunft unserer Stadt - nicht benachteiligt.



GRÜNE Politik will Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir unterstützen daher die Erprobung und Förderung alternativer Wohnformen, die es erlauben, den Tagesablauf so individuell wie möglich zu gestalten, aber dort Hilfe zu bieten, wo sie benötigt wird. Noch werden rund 70 Prozent der Pflegeleistungen für ältere Menschen von deren Familien erbracht. Zunehmende Mobilität und Veränderungen in den Familienstrukturen machen jedoch ergänzende Pflegeangebote nötig. Dazu kommt, dass auch die Zahl der "Single-Pflegebedürftigen" ohne direktes familiäres Umfeld steigen wird.

Die demografische Entwicklung macht darüber hinaus eine neue Kultur der Altersarbeit und der Anerkennung gesellschaftlicher Leistungen nötig. Denn Älterwerden ist kein Defizit, sondern kann beruflich wie sozial neue Kompetenzen mit sich bringen.



Daher setzen sich die GRÜNEN auch am Arbeitsmarkt für neue Perspektiven für ältere Beschäftigte, für Konzepte des "lebenslangen Lernens" und die gesellschaftliche Einbindung von Seniorinnen und Senioren in ehrenamtliche Engagements oder Teilzeitarbeit ein.

GRÜNE Ziele zum demografischen Wandel:

1. Einsatz für eine kinder- und seniorengerechte Stadt, deren gesellschaftliches Klima durch das Miteinander der Generationen und Kulturen geprägt ist.



2. Förderung alternativer Wohnformen und des Aufbaus von flexiblen und finanziell gesicherten Hilfsnetzen aus Angehörigen, Ehrenamtlichen und professionellen Diensten.
3. Entwicklung von Perspektiven für ältere Beschäftigte.

Stadtfinanzen

Nachhaltige Finanzen auch in Zukunft

Nach Jahren mit erheblicher Neuverschuldung trotz weitreichender Einsparungen ist München heute wieder in der Lage, seine Schulden abzubauen. Voraussetzung dafür ist einerseits die sehr positive Entwicklung bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer, vor allem aber andererseits der Erfolg der städtischen Haushaltspolitik: Seit Jahren setzen die GRÜNEN gemeinsam mit der SPD in München auf die konsequente Konsolidierung der Stadtfinanzen, ohne dabei die notwendigen kommunalen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu vernachlässigen.

Zur finanziellen Belastung der Stadt trägt auch die unzureichende Finanzausstattung für Aufgaben bei, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen wurden. Allein die städtischen Schulen belasten den Haushalt - jährlich - mit 170 Millionen Euro, die gemäß bayerischer Verfassung eigentlich vom Land zu tragen wären.

GRÜNE Ziele bei den Stadtfinanzen:

1. Beibehaltung der Haushaltsdisziplin im Münchner Rathaus, um der nächsten Generation nicht einen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen.
2. Faire Behandlung durch Bund und Land bei der Übertragung von Aufgaben an die Stadtverwaltung.



3. Konsequente Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Aufteilung der Finanzmittel in allen Bereichen der Stadtverwaltung (gender budgeting).
4. Schwerpunktsetzung im Münchner Haushalt auf die Bereiche Klimaschutz, Kinder, Jugend und Bildung. Sie sind wichtige Investitionen in die Zukunft, welche die GRÜNEN im Rahmen der finanziellen Spielräume fördern werden.

Europastadt München

München profitiert auf vielfältige Weise von Europa. Mit Partnerschaften und EU-Förderprogramme konnten in München zum Beispiel neue Formen der Beschäftigungs- und Bildungspolitik initiiert werden. Dieser erfolgreiche Weg muss durch Einrichtung einer Koordinationsstelle für europäische Aktivitäten der Stadt weiter ausgebaut werden. Wichtig ist aber auch das Verfechten kommunaler Anliegen gegenüber der EU. Die GRÜNEN wollen, dass entgegen den Privatisierungsbestrebungen der EU die Versorgung mit Grundgütern in kommunaler Hand bleibt. Denn nur so kann eine flächendeckend gesicherte Ver- und Entsorgung nach ökologischen und sozialen Standards in hoher Qualität gewährleistet werden. Dies gilt für die Energieversorgung, Abwasser und Straßenreinigung genauso wie für den Öffentlichen Nahverkehr, Krankenhäuser oder Altenheime.



Wirtschaft

Nachhaltige und kreative Standortförderung

Die Stärke von Münchens Wirtschaft liegt in der Vielseitigkeit ihrer Betriebe und in der großen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen. Wichtige Eckpunkte GRÜNER Wirtschaftspolitik sind daher die Unterstützung dieser Strukturen und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das Münchner Gewerbehofprogramm zum Beispiel fördert aktiv Existenzgründungen, schafft damit neue Arbeitsplätze in der Stadt und vielfältige Chancen für innovative Unternehmen - etwa im Bereich der Umwelttechnologie.

Dass durch betrieblichen Umweltschutz Gewinne erwirtschaftet werden können, zeigt das Programm "Ökoprofit". Der Ausbau von technischen und organisatorischen Maßnahmen, um Wasser und Energie einzusparen, Abfall zu vermeiden sowie Emissionen zu reduzieren, führt in den Unternehmen selbst zu einer dauerhaften Verringerung der laufenden Kosten und sichert in Münchner Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zahlreiche Arbeitsplätze.



Münchens Wirtschaft ist international ausgerichtet. Um im globalen Wettbewerb nachhaltig bestehen zu können, sind für den Standort daher hervorragende Aus- und Fortbildungsangebote mit zukunftsentscheidend. Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung des Bildungssystems in die internationale Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes. Eine weitere Voraussetzung einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftskraft Münchens ist die bessere Integration von



Migrantinnen und Migranten. Mit einem Bevölkerungsanteil von 23 Prozent sind sie ein unverzichtbares Potential für die Zukunft der Münchner Betriebe.

GRÜNE Ziele in der Münchner Wirtschaft:

1. Ausbau des regionalen Wirtschaftskreislaufes innerhalb der Stadt und mit den umliegenden Landkreisen - zum Beispiel bei Nahrungsmitteln, Handwerk und Energieversorgung.
2. Förderung - auch bei der Auftragsvergabe - von kleinen und mittleren IT-Unternehmen, vor allem bei Software-Entwicklung und Open-Source-Anpassungen.
3. Profilierung der Tourismusstadt München als "Green City" durch den Ausbau ökologischer Angebote und Maßnahmen: Beteiligung der Tourismuswirtschaft am "Ökoprofit"-Programm und Fortsetzung des erfolgreichen Abfallkonzeptes für Großveranstaltungen.
4. Einrichtung eines Runden Tisches der Medienwirtschaft, um zukunftsfähige Konzepte für gemeinsame Projekte zu initiieren, denn München ist ein wichtiger Standort für Buchverlage und Neue Medien.
5. Bessere Koordination zwischen Stadt, Unternehmen und Hochschulen, um Synergieeffekte nutzbar zu machen. Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für Neu- und Ausgründungen im Umfeld der Hochschulen.
6. Entwicklung eines Münchner Konzeptes zur Förderung von Existenzgründungen mit Krediten, die für innovative Geschäftsideen eine ausreichend lange Laufzeit bieten. Unterstützung von Immigranten bei der Aufnahme von Krediten für eine Firmengründung.



7. Sicherung der Einhaltung von Tariflöhnen: Die Stadt als öffentliche Auftraggeberin muss dazu Kontrollen durchführen, die über das gesetzlich Notwendige hinausgehen.
8. Volle Ausschöpfung des Gestaltungsspielraums der Stadt München als Stadtplanerin und kommunale Wohnungseigentümerin, damit München für Menschen aus allen Schichten attraktiv und bezahlbar bleibt und die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt nicht zu hohen Mieten und Zersiedelung führt.

Kommunale Beschäftigung und Qualifizierung

Der strukturelle Wandel in der Wirtschaft brachte zwar eine wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften, gleichzeitig wurden aber zahlreiche Arbeitsplätze für gering Qualifizierte abgebaut oder ins Ausland verlagert. Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm integriert Arbeitssuchende wieder in den Arbeitsmarkt und ermöglicht vor allem Jugendlichen mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss eine berufliche Qualifizierung. Die GRÜNEN fordern den Erhalt und Ausbau von Arbeitsförderungsmaßnahmen. Zielgruppenorientierte Angebote können die Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt fördern und Menschen mit Migrationshintergrund die Integration im Berufsleben erleichtern.



Familie

Leben mit Kindern in der Großstadt

Eine Stadt für Kinder kann nur entstehen, wenn sie mit Kindern gestaltet wird. München hat dazu zentrale und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendforen aller Altersklassen eingerichtet, die auch den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen gerecht werden - so werden etwa bei Neubauprojekten Wünsche und Vorstellungen der Kinder für die Gestaltung von Spielflächen mit Hilfe eines Planungskoffers abgefragt. Für ein kinderfreundliches Wohnumfeld sorgen aber auch Maßnahmen GRÜNER Politik wie Verkehrsberuhigung, die Einrichtung von Spielstraßen oder der Schutz vor Verkehrslärm.

Es ist ein Grundanliegen der GRÜNEN, dass sich Kinder und ihre Familien in München wohl fühlen. Dies muss für alle Formen des



Zusammenlebens mit Kindern gleichberechtigt gelten: für die klassische Familie, für Alleinerziehende, für Patchworkfamilien und selbstverständlich auch für schwullesbische Paare mit Kindern. So vielfältig wie die Familienstrukturen ist auch der Bedarf an Betreuungseinrichtungen für Kinder. Daher brauchen wir einen Ausbau aller

Angebote vom Krippenplatz mit flexiblen Öffnungszeiten bis hin zu Konzepten für Tageseltern, die auch bei Krankheit der Tageseltern oder in Urlaubszeiten eine Betreuung der Kinder sicherstellen können.

Kinderbetreuung ist ein Schwerpunkt GRÜNER Politik in München. Zur Zeit werden in Kindergärten, Hortgruppen, Kooperationseinrichtungen, Tagesstätten und Eltern-Kind-Initiativen fast 52.000 Kinder betreut. Für den aktuellen Planungszeitraum bis 2010 sind mindestens 115 Millionen Euro für den Bau von Betreuungseinrichtungen vorgesehen. Allein für die Jüngsten bis zu drei Jahren sollen in den nächsten Jahren etwa 100 Krippengruppen in ganz München zusätzlich eingerichtet werden.

GRÜNE Ziele in der Familienpolitik:

1. Familiengerechter Wohnungsbau, der sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit von Familien orientiert.
2. Gemeinsam mit Kindern geplante Spielflächen und "wilde" Freiflächen für Kinder aller Altersgruppen.
3. Aktive Beteiligung von Kindern bei allen stadtplanerischen Maßnahmen.
4. Öffnung von Kindertagesstätten als "Ort für Familien" und Kompetenzzentren für Pädagogik.
5. Ausbau von Kinderzentren, die neben der Kinderbetreuung auch Beratungsangebote für Eltern ermöglichen.
6. Bewohnertreffs, die auch von Kindern genutzt werden können.
7. Intensive Werbung für mehr Tagesmütter und -väter.
8. Ausbau der Kindertagesstätten für 0- bis 12-Jährige und Verbesserung der Personalausstattung.
9. Unterstützung und Ausbau von Eltern-Kind-Initiativen.

Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur ein Problem von Frauen. Deutschland braucht eine politische und öffentliche Debatte über veränderte Lebensmuster - auch für Väter. Das berufliche Fortkommen von Frauen und Männern darf nicht davon abhängen, ob sie sich für Beruf oder Familie entscheiden. GRÜNE Politik will beides ermöglichen: Beruf und Familie - und zwar für Frauen wie Männer. Dazu werden sowohl bedarfsgerechte Krippen- und Kindergartenplätze benötigt wie auch Ganztagschulen und ergänzende Horte. Zusätzlich müssen flexible Arbeitszeitmodelle entwickelt und für Frauen und Männer attraktiv gestaltet werden - inklusive Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.

Jugend

Die Zukunft der Stadt!

Jugendliche sind ein wichtiger Teil der Stadtgesellschaft. Jedoch kommen bei der Gestaltung des Stadtlebens für Jugendliche auf der einen und für Erwachsene auf der anderen Seite die Interessen der 15- bis 19-Jährigen oft zu kurz. Deshalb ist der Aufbau einer Infrastruktur, die Freiräume und Treffpunkte für eine altersgerechte Freizeitgestaltung bietet, unabdingbar. Neben betreuten Einrichtungen muss es auch Räume für Jugendliche geben, in denen sie selbstständig agieren können. Ein Beispiel dafür ist die Eröffnung von Diversity, einer Einrichtung von und für lesbische und schwule Jugendliche. Die GRÜNEN haben erreicht, dass der Münchner Ferienpass nicht mehr nur von Kindern, sondern auch von Jugendlichen bis zu 18 Jahren genutzt werden kann.

Für eine verbesserte Berücksichtigung der Anliegen von Jugendlichen ist eine verstärkte Jugendbeteiligung an lokalpolitischen Entscheidungen notwendig. Trotz knapper Haushaltsmittel konnte die Stadt das Schülerbüro und den Münchner Jugendrat erhalten sowie weitere Jugendinformationseinrichtungen unterstützen.



Ein besonderes Anliegen GRÜNER Jugendpolitik ist die Unterstützung von Jugendlichen, die Schwierigkeiten haben, einen Platz mit Perspektive in der Gesellschaft zu finden, oder die in Familien aufwachsen, die ihnen keinen ausreichenden Halt geben können. München will allen Jugendlichen die Sicherheit geben, dass ihre Interessen ernst genommen und dass sie alle gebraucht werden, um ihre Stadt lebenswert zu erhalten.

GRÜNE Ziele in der Jugendpolitik:

1. Verbesserung des Angebotes an Freizeiteinrichtungen und Freiflächen, auch für lärmintensive Betätigungen.
2. Ausbau der Nachtlinien und Vergünstigung des ÖPNV für junge Menschen ab 15 Jahren.
3. Rede- und Antragsrecht für Münchnerinnen und Münchner ab 12 Jahren auf Bürgerversammlungen und Bezirksausschusssitzungen.
4. Angebot von berufsvorbereitenden und berufsbegleitenden Maßnahmen für alle Jugendlichen, die Unterstützung benötigen.

5. Bedarfsgerechte Fortentwicklung von ambulanten und (teil-)stationären Jugendhilfemaßnahmen und Schaffung von betreuten Jugendwohngruppen.

Schule und Bildung

Bildung heute entscheidet über die Chancen von morgen

In einer Wissensgesellschaft ist für die GRÜNEN Bildung ein zentrales Zukunftsthema. Der GRÜNE Bildungsbegriff ist ganzheitlich: Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung und hört nicht mit dem Berufsabschluss auf; Bildung ist nicht nur eine Sache des Wissens, sondern auch sozialer, ästhetischer, ökologischer und interkultureller Kompetenzen. Es geht um Grundwissen und Basisfertigkeiten, die es dem Menschen ermöglichen, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

München ist eine Schulstadt. Die Kommune unterhält viele eigene Berufsschulen, Realschulen und Gymnasien. Für die GRÜNEN ist der



Erhalt des kommunalen Schulsystems ein besonderes Anliegen, denn es bietet die Chance einer raschen und auf die Bedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen abgestimmten Verbesserung der Bildung. Dazu gehört die Abwechslung von Unterricht, Üben und Entspannung ("rhythmisier-te" Schulen); dazu gehören Projektunterricht und

Förderung der individuellen Möglichkeiten; dazu gehören Angebote, die in Kooperation mit anderen Bildungsträgern und Freizeiteinrich-

tungen ("offene" Angebote) realisiert werden - das alles ist nur in Ganztagschulen erreichbar. Bereits heute bieten neun Realschulen rhythmisierte Ganztagsklassen und alle städtischen Gymnasien offene Ganztagsangebote an.

Für die Bildung sind nicht nur Schule und Schulsozialarbeit, die es in München künftig an allen Hauptschulen geben wird und die auf weitere Schulen ausgedehnt werden muss, verantwortlich. Zur Entwicklung sozialer Kompetenzen ist die ganze Gesellschaft mit einzubeziehen: Eltern, Vereine, Wirtschaft, freie Bildungsträger und Jugendhilfeeinrichtungen. Öffnung der Schulen in die Gesellschaft und interkulturelle Orientierung ist eine Voraussetzung, um Kindern mit Migrationshintergrund - und das wird bald jedes zweite Kind an Münchner Schulen sein - gleichwertige Bildungschancen für eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen.

Reformschule

Nach PISA ist klar: die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft ist in Bayern am größten. Eine Hauptursache ist die frühzeitige Selektion ohne Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten und Entwicklungsphasen. Die GRÜNEN wollen Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen Gruppen der Münchner Bevölkerung die Chance auf eine gute Bildung geben. Dazu wird eine öffentliche Reformschule eingerichtet, die vom Vorschulbereich bis zur 10. Klasse eine gemeinsame Schulzeit für alle bietet. Rhythmisierter Ganztagsbetrieb mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen gibt Zeit und Raum für individuelle Förderung mit besonderer Betonung früher Sprachförderung. Aktuell fehlt für eine Realisierung in München nur noch die Genehmigung der Landesbehörden.

GRÜNE Ziele in der Schul- und Bildungspolitik:

1. Rhythmisierte Ganztagschulen für alle Schularten.
2. Ganztagschulen als Stadtteileinrichtung, die sich dem Stadtviertel öffnen, sich als Zentrum des sozialen Lebens definieren und mit Eltern kooperieren.
3. Stadtteilschulen, die offen sind für Unterrichtsinhalte und -formen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen gerecht werden und Kinder mit Handicap einbinden.
4. Strukturelle Verknüpfung zwischen Schule und außerschulischer Kinder- und Jugendhilfe.
5. Kindertagesbetreuung aus einer Hand - statt der nicht mehr zeitgemäßen Zuständigkeitstrennung zwischen Sozialreferat (Kinderkrippen) und Schulreferat (Kindertagesstätten).
6. Interkulturelles Lernen als fester Bestandteil des Schulalltags und bessere Förderung von Migrantenkindern.
7. Gezielte Förderung von Jugendlichen mit schlechten Startchancen in einem Übergangssystem, das bereits in der Schulzeit bei der Berufsorientierung hilft und die Jugendlichen bis zum Ende der Erstausbildung begleitet.
8. Selbstständige Schulen, die eigenverantwortlich über ein Budget entscheiden können und auch für die Personalauswahl zuständig sind.



Internationale Schule

München als weltoffene und internationale Stadt braucht eine prinzipiell für alle zugängliche Internationale Schule, in der mehrsprachiger Unterricht angeboten wird - in Deutsch, Englisch sowie in anderen für München relevanten Sprachen der wichtigen Migrantengruppen. Das würde sowohl dem multikulturellen Charakter Münchens als Einwanderungsstadt entsprechen als auch einen handfesten Standortnachteil im Wettbewerb um internationale Unternehmen und Arbeitskräfte beseitigen. Möglich wäre als Träger eine gemeinsam von Stadt, Land und Wirtschaft finanzierte Stiftung.

Gleichstellung

Frauen wollen mehr - Männer auch

Gerechtigkeit kann es in der Gesellschaft nur geben, wenn die Gleichberechtigung von Frauen und Männern - unabhängig von Alter, Herkunft, Lebensentwurf und sexueller Identität - Realität ist. Gleichstellung ist für die GRÜNEN eine Querschnittsaufgabe: in der Bildung, am Arbeitsplatz, beim Einkommen, bei politischen Entscheidungsprozessen, in der gesellschaftlichen Repräsentanz und in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der öffentlichen Haushalte (gender budgeting). Frauen wie Männer müssen die gleichen Chancen haben, neben Kindererziehung und Haushaltsführung einem Beruf nachzugehen.

Zwar haben die GRÜNEN maßgeblich dazu beigetragen, dass sich der Anteil der Stadträtinnen und damit auch die politische Repräsentanz der Münchnerinnen deutlich erhöht hat, aber insgesamt ist nicht einmal ein Viertel der Führungspositionen in München



von Frauen besetzt. Im Arbeitsleben sind Frauen nach wie vor benachteiligt: ungleiche Löhne bei gleicher Arbeit, unsichere Arbeitsverhältnisse, die Abhängigkeit vom Partnereinkommen bei Arbeitslosigkeit oder Rente. Deshalb sichern die GRÜNEN weiterhin die klassische Frauenförderung mit Projekten und Initiativen für Frauen und Mädchen und fördern Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, beispielsweise Existenzgründerprogramme speziell für Frauen.

Migrantinnen schneiden beim Schulabschluss zwar meist besser ab als ihre männlichen Mitschüler, am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind sie jedoch noch stark benachteiligt. Deshalb müssen sie stärker gefördert werden. Die universelle Gültigkeit der Menschenrechte ist für die GRÜNEN selbstverständlich - und damit der Schutz vor Zwangsehen und Verfolgung im Namen der Ehre. Dazu sind niederschwellige Angebote wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Mütterzentren wichtig.



Frauen sind im Alter besonders häufig von Armut betroffen: Durch Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen entstehen Lücken in beruflichen Karrieren und in der sozialen Absicherung - verstärkt noch durch geschlechtsspezifische Lohnunterschiede.

Für viele Frauen gehört Gewalt immer noch zum Alltag. Das Thema "häusliche Gewalt" muss bereits in Schule und Jugendeinrichtungen aufgegriffen werden. Frauenhäuser und Beratungsstellen brauchen eine gesicherte finanzielle Basis. Gewalt ist auch für Jungen ein gesellschaftliches Problem - als Opfer wie als Täter. Pädagogische Konzepte und Gewaltpräventionsmaßnahmen müssen ihnen Hilfe

bieten, Identität und Selbstbewusstsein zu entwickeln - ohne Macho-Gehabe, patriarchalische Geschlechterklischees und Gewaltbefürwortung.

GRÜNE Ziele in der Gleichstellungspolitik:

1. Chancengleichheit für Frauen und Männer durch die Vereinbarkeit von Kindererziehung, Haushalt und Berufstätigkeit.
2. Zügige Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst und eine deutliche Stärkung des Frauenanteils auf Vorstandsebene in der Privatwirtschaft durch Kooperation mit Modellunternehmen.
3. Ausbruch aus geschlechtstypischen Rollenbildern bei der Berufswahl: Mädchen lernen beim jährlichen "girls day" eher männlich dominierte Berufe kennen; Jungen sollen an einem "boys day" weiblich geprägte Berufsbilder wie Grundschullehrer oder Erzieher näher gebracht werden. Geschlechtsspezifischer Unterricht in Naturwissenschaften oder Männerquoten etwa für Kindergärtner sind zu diskutieren.
4. Stärkere Förderung der beruflichen Qualifikation und Integration von Migrantinnen.
5. Bekämpfung der (Frauen-)Armut im Alter durch eine vom Partnereinkommen unabhängige Existenzsicherung und die Anerkennung von Kindererziehungsphasen.
6. Präventionsmaßnahmen gegen Gewaltbefürwortung und -anwendung; Schaffung von Antigewalt- und Sozialtrainings für Täter; konsequente Umsetzung des Konzepts "häusliche Beziehungsgewalt".

Prostitution

Die GRÜNEN in München machen sich seit Jahren für die Anerkennung von Prostitution als Beruf und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Prostituierte stark. Aufgrund der restriktiven Sperrbezirksverordnung laufen die gesetzlichen Regelungen des Bundes zur Anerkennung der Prostitution als Beruf ins Leere. Auch in München müssen weibliche wie männliche Prostituierte unter humanen und vernünftigen Bedingungen arbeiten und leben können.

Vielfältige Lebensentwürfe

Lesben, Schwule und Transgender in München

Die Vielfalt der Lebensentwürfe von Bürgerinnen und Bürgern ist eine Grundlage für eine offene, liberale und pluralistische Gesellschaft. Lesben, Schwule und Transgender sind in allen Lebensbereichen präsent, dennoch ist ihr Alltag noch immer von Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zur Gewalt geprägt. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ein Miteinander aller gesellschaftlichen Gruppen ist Bedingung, damit Lesben, Schwule und Transgender sichtbar und offen in München leben können. Die GRÜNEN haben dazu beispielsweise die Einrichtung eines Runden Tisches beim dritten Bürgermeister und einer Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen sowie die Förderung von Beratungs- und Aufklärungsprojekten erreicht.

Besonderes Augenmerk legen die GRÜNEN auf die Unterstützung lesbisch-schwuler Jugendlicher. In Schulen und im Elternhaus sowie

in Jugend- und Freizeiteinrichtungen ist Aufklärung und Beratung besonders wichtig, da gerade für Jugendliche das Coming-out oft ein schwerwiegender und psychisch belastender Prozess ist. Die Einrichtung des lesbisch-schwulen Jugendzentrums wurde deshalb von den GRÜNEN unterstützt und gefördert. Benachteiligungen müssen auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften weiter abgebaut werden - zum Beispiel mit rechtlicher Stärkung von Regenbogenfamilien durch ein Adoptionsrecht für lesbische und schwule Paare. Familien sind da, wo Kinder leben - unabhängig von der sexuellen Orientierung der Partnerinnen und Partner.



Es bedarf weiterer Aufklärungsarbeit in Alten- und Pflegeeinrichtungen, damit Lesben, Schwule und Transgender auch im Pflege- und Betreuungsfall frei von Diskriminierungen leben können. Wir unterstützen spezifische Projekte wie das schwule Patenprojekt, bei dem durch bürgerschaftliches Engagement ältere schwule Männern bei alltäglichen Problemen unterstützt werden.

Lesben sind auch in München weitgehend unsichtbar und in der öffentlichen Debatte unter dem Label "schwul" oft nur am Rande mitgemeint. Die GRÜNEN fordern daher weitere Anstrengungen zur Förderung der Sichtbarkeit lesbischen Lebens.

GRÜNE Ziele für Lesben, Schwule und Transgender:

1. Verstärkung sowohl der Aufklärungsarbeit an Schulen wie der Fortbildungsmaßnahmen in der Stadtverwaltung.
2. Rechtliche Anerkennung homosexueller Familienformen und Gleichstellung mit der heterosexuellen Familie.
3. Aufklärung und Schulung in Alten- und Pflegeeinrichtungen für ein diskriminierungsfreies Leben im Pflege- oder Betreuungsfall.
4. Ausbau gesundheitlicher Beratungsangebote für Lesben und Fortbildung von Ärztinnen und Ärzten.
5. Spezielle Beratungskonzepte und Hilfsangebote für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund, da sie durch ihr kulturelles Umfeld oft besonders benachteiligt sind.

Migration

Integration gestalten: für eine interkulturelle Stadt

Als europäische Metropole ist München auf Einwanderung angewiesen, um zukunftssicher zu bleiben. Ohne die Innovationen, welche den Einwanderinnen und Einwanderern zum Beispiel in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zu verdanken sind, wäre München nicht die prosperierende Stadt, die sie heute ist. Interkulturelle Erfahrung und Mehrsprachigkeit sind Potentiale, die verstärkt genutzt werden müssen. Heute hat jede dritte Münchnerin und jeder dritte Münchner einen Migrationshintergrund.

Einwanderung bedeutet Bereicherung und Herausforderung; Integration ist in der vielfältigen Stadtgesellschaft eine zentrale Zukunftsaufgabe. Das GRÜNE Leitbild umfasst Chancengleichheit, gleichberechtigte Teilnahme in allen Lebensbereichen, interkulturelle Verständigung und gegenseitigen Respekt.

Maßgeblich waren die GRÜNEN am "Integrationskonzept der Landeshauptstadt München" beteiligt. Nur wer sich in seiner Stadt willkommen und anerkannt sieht, kann sich dort auch zuhause fühlen. Dies beginnt bereits in Kindergärten und Schulen mit interkulturellen Erzieherinnen, Deutschkursen für Eltern und muttersprachlichen Hilfsangeboten für Migrantenfamilien. Zusätzlich müssen auch die politischen Gremien, die Verwaltung und der Arbeitsmarkt in München mit interkulturellen Maßnahmen verstärkt zur Integration beitragen.



Für die GRÜNEN zählen dazu: Einbürgerungskampagnen und -feiern; die Professionalisierung des Ausländerbeirates, der auch in Zukunft direkt zu wählen ist; der Religionsdialog mit Muslimen am Runden Tisch beim 3. Bürgermeister und Möglichkeiten zur Bestattung gemäß dem eigenen Glauben.

Wir GRÜNEN waren schon immer Vorreiter einer offensiven Integrationspolitik. Durch eine restriktive Flüchtlingspolitik hat die Festung Europa ihre Mauern gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und -bewerbern längst hochgezogen: An den EU-Außengrenzen kentern Flüchtlingsboote und in den nordafrikanischen Enklaven wird auf Flüchtlinge geschossen. Dennoch lebt eine große Zahl von Flüchtlingen in München. Wir GRÜNEN betrachten Flüchtlinge dezidiert als Zielgruppe von Integrationspolitik: Wir haben uns sowohl erfolgreich für humane Lebensbedingungen dieser Gruppe eingesetzt wie auch für die Menschenrechte derjenigen, die keinen gültigen Aufenthaltsstatus haben.

Illegale

Migration ohne gültige Papiere ist die Kehrseite einer Politik, welche die Realitäten weltweiter Migration mit ordnungsrechtlichen Mitteln zu regeln versucht. Menschen leben auch in München oft jahrelang in dieser rechtlosen Situation. Eine Studie der Stadt schätzt die Zahl der Menschen, die ohne Papiere in München leben, auf bis zu 30.000. Die GRÜNEN haben die Einhaltung der Rechte für Illegale durchgesetzt: ein Recht auf gesundheitliche Versorgung und ein Recht auf Bildung für ihre Kinder.

GRÜNE Ziele für die Integration:

1. Soziale und humane Auslegung des Ausländer- und Asylrechts.
2. Erhöhung des Anteils an Migrantinnen und Migranten bei den Auszubildenden und Beschäftigten in der Stadtverwaltung.
3. Zügige Realisierung der beschlossenen Stadtratskommission für eine stärkere Einbeziehung aller relevanten Gruppen, besonders der Selbstorganisationen der Migrantinnen und Migranten.
4. Interkulturelle Öffnung aller sozialen Dienste, insbesondere auch im Gesundheits- und Altenhilfesystem sowie bei den Pflegeangeboten.
5. Beteiligung von Migrantinnen und Migranten auf allen politischen Ebenen und ein kommunales Ausländerwahlrecht.
6. Förderung von Mehrsprachigkeit in Schulen und Bildungseinrichtungen, Elternarbeit und interkulturellem Lernen.
7. Bessere Koordination und Ausstattung der Integrations Sprachkurse und deren Erweiterung - etwa um frauenspezifische Themen.

- Integration von Einwanderinnen und Einwandern, die den unsicheren Aufenthaltsstatus der Duldung haben, in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt; interkulturelle Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE (Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung).

Sendlinger Moschee

Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt muss sichtbar sein. Praktizierenden Musliminnen und Muslimen muss die Gelegenheit gegeben werden, ihre Religion nicht in Hinterhöfen, sondern in zentraler Lage und in repräsentativen Gebäuden ausüben zu können. Die GRÜNEN, die sich für den Bau einer Moschee am Gotzinger Platz einsetzen, lehnen extreme Gruppierungen konsequent ab.

Gesundheit

Gesundheit ist nicht selbstverständlich

GRÜNE Gesundheitspolitik setzt sich für die Sicherstellung der medizinisch notwendigen Versorgung für alle Menschen ein - unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Situation oder Wohnort. Dabei muss sich die Gesundheitsversorgung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren: Anzubieten sind eine wohnortnahe Versorgung und eine transparente Zusammenarbeit von Kliniken, Ärzten und Anbietern von Gesundheitsleistungen. Auch bei der Umstrukturierung der städtischen Kliniken setzen sich die GRÜNEN für eine effiziente und gleichzeitig hochwertige Versorgung durch Festlegung von Qualitätsstandards ein. Diese sind sowohl an den Bedürfnissen von Patientinnen/

Patienten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch an ökologischen Kriterien ausgerichtet.

GRÜNE Gesundheitspolitik ist präventiv und muss bereits in Kindergarten und Schule durchgeführt werden: Dazu zählt eine



Ausweitung des Sportunterrichts ohne Leistungsdruck ebenso wie regelmäßige ärztliche Kontrollen in den Einrichtungen - Hausbesuche sind in Kooperation mit den Eltern zusätzlich zu ermöglichen. Prävention muss aber auch bei Erwachsenen, vor allem Seniorinnen und Senioren, eine große Rolle spielen:

Denn wer gesund ist, kann länger ein eigenständiges Leben führen.

Prävention bedeutet eine verstärkte Aufklärung über Suchtmittel und Drogen in allen gesellschaftlichen Gruppen. Niederschwellige Hilfsangebote für Drogenabhängige wie Kontaktläden, Substitutionsprogramme und Streetworker tragen in München dazu bei, Suchtprobleme möglichst gering zu halten und Abhängigen frühzeitig zu helfen.

Bei der Behandlung psychisch kranker Menschen setzen die GRÜNEN auf eine wohnortnahe, ganzheitliche und dezentrale Psychiatrie, die - soweit sinnvoll und möglich - ambulante Hilfen anbieten kann. Zur Verbesserung der Lebensumstände psychisch kranker Menschen gehört aber auch eine stärkere Aufklärung der Bevölkerung über psychische Erkrankungen und die bessere Einbindung von Angehörigenverbänden. Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie der Gerontopsychiatrie müssen die Angebote in München weiter ausgebaut werden.



GRÜNE Ziele in der Gesundheitspolitik:

1. Bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung und Umsetzung integrierter Behandlungskonzepte.
2. Stärkere Prävention von Krankheiten, die sich etwa aus Umweltbelastungen, falscher Ernährung, fehlender Bewegung oder Rauchen ergeben.
3. Ausweitung der Vorsorge bei Kleinkindern bis zu drei Jahren durch Hausbesuche von Kinderkrankenschwestern.
4. Hausbesuche zur Gesundheitsprävention bei Kindern zwischen vier und sechs Jahren, die keine Vorschuleinrichtung besuchen.
5. Öffnung des Gesundheitswesens für alternative Heilmethoden wie Homöopathie oder ethnomedizinische Ansätze.
6. Erhalt der Beratungsstellen für schwangere Frauen und Stärkung der Selbstbestimmung von Müttern und Vätern bei Schwangerschaft und Geburt.
7. Entkriminalisierung von Drogensüchtigen und Ausbau niederschwelliger Hilfsangebote.
8. Suchtprävention bereits an den Schulen - insbesondere Thematisierung von weichen Drogen wie Alkohol und Nikotin.
9. Aufklärungs- und Beratungsangebote im Bereich der Medikamentensucht.
10. Verstärkte Aufklärungsarbeit für mehr Akzeptanz psychisch kranker Menschen in der Gesellschaft.



Heroin als Medikament

In einem bundesweiten Programm für Abhängige wurde die ärztlich betreute Abgabe von Heroin erprobt. Die Ergebnisse zeigen, dass damit eine signifikante Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation erreicht werden kann - bis hin zur erfolgreichen Arbeitsaufnahme. Damit könnten auch bisher nicht erreichbare Schwerstabhängige in ein Hilffsystem integriert werden. Die GRÜNEN fordern daher eine zügige Gesetzesinitiative für eine bundesweite Zulassung von Heroin als Medikament.

Ernährung

Gesund, bio und gentechnikfrei

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wissen, was sie essen. Ökologische Produkte gibt es mittlerweile auch im konventionellen Supermarkt und beim Lebensmitteldiscounter. Und doch bleibt Bio weiter ein Nischenmarkt. Die konventionelle Landwirtschaft dominiert weiter bei der Erzeugung von Lebensmitteln in Deutschland, Europa und weltweit. In München arbeiten die GRÜNEN darauf hin, bei allen Münchnerinnen und München das Bewusstsein dafür zu wecken, dass eine vielseitige Ernährung wichtig für die Gesundheit ist, dass ökologische Lebensmittel weniger Schadstoffe enthalten und dass Umwelt und Klima zu schützen sind. Schon in der Kindheit wird der Grundstein für die spätere Ernährung gelegt. Vertrauen in Bio-, Vollwert- und Frischkost lässt sich daher am besten bereits in Kindergarten und Schule vermitteln.

Die Gammelfleischskandale in München haben gezeigt, dass nur ein gut funktionierendes Kontrollsystem einen umfassenden Verbraucherschutz gewährleisten kann. Hohe Lebensmittelsicherheit bieten vor allem die regionalen Erzeuger- und Vertriebsstrukturen im ökologischen Anbau. Die GRÜNEN in München konnten beispielsweise erreichen, dass in den städtischen Kantinen Ökofleisch verarbeitet wird, die meisten städtischen Güter auf Ökolandbau umgestellt wurden und sich Stadt und Landkreis München zur gentechnikfreien Zone erklärt haben. In Kindergärten und Schulen gehört der Besuch auf den ökologischen Gütern der Stadt zu den Lerninhalten; der Anteil der ökologischen Lebensmittel in städtischen Betreuungseinrichtungen wird in den nächsten 3 Jahren auf 50 % steigen und seit 2006 trägt die Stadt München das Siegel "Biostadt" und ist nach ökologischen Maßstäben zertifiziert.



GRÜNE Ziele bei der Ernährung:

1. Erhöhung des Frischkostanteils bei der Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen auf 50 Prozent.
2. Ausweitung des Angebotes ökologischer Produkte in städtischen Kantinen, Krankenhäusern und bei städtischen Empfängen.
3. Bündelung der Kompetenzen des vorsorgenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Referat für Gesundheit und Umwelt.

4. Verstärkter Einsatz fair gehandelter Produkte bei der Stadt München (Anteil von 30 Prozent bis 2010).
5. Größeres Angebot von Bioprodukten auf dem Münchner Oktoberfest.
6. Mittelfristige Erhöhung des Anteils ökologischer Lebensmittel in städtischen Kindertagesstätten und Schulen.

Soziales

Wir bekämpfen die Armut, nicht die Armen

Zentrale Aufgabe GRÜNER Sozialpolitik ist die Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Stadtgemeinschaft. Eine Ausgrenzung beispielsweise verarmter, wohnungsloser Bevölkerungsgruppen oder solcher mit Migrationshintergrund werden die GRÜNEN nicht hinnehmen. Die Gründe für soziale Problemlagen in München sind



vielschichtig. Kommunale Sozialpolitik muss daher vielfältige Hilfen und flexible Angebote bieten. Trotz notwendiger Einsparungen auch in der Sozialpolitik ist es in München gelungen, das soziale Netz weitgehend zu erhalten und gewachsene und erfolgreiche Hilfsstrukturen nicht zu zerstören. Die GRÜNEN waren maßgeblich daran beteiligt, dass München noch immer die deutsche Stadt mit dem am besten ausgebauten Hilfsnetz ist.

Eines der aktuellen Kernprobleme ist die Armut infolge von Langzeitarbeitslosigkeit. Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben kaum Cha-



nen auf eine besser bezahlte Tätigkeit; Jugendliche ohne Schulabschluss und Berufsausbildung kommen aus dem Kreislauf von vorübergehenden Maßnahmen und Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht heraus. Für die GRÜNEN Sozialpolitikerinnen und -politiker ist es eine der vordringlichen Zukunftsaufgaben, diese verfestigte Situation aufzubrechen. Hilfe in der Armut heißt aber auch, mit kleinen Maßnahmen die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern. Die GRÜNEN haben beispielsweise erreicht, dass Schulkinder auch dann am Mittagstisch teilnehmen können, wenn ihre Eltern sich das nicht leisten können. Ebenso werden Lücken, die im Rahmen von Hartz IV entstehen, soweit wie möglich mit Geldern aus städtisch verwalteten Stiftungen ausgeglichen.

GRÜNE Ziele in der Sozialpolitik:

1. Umsetzung des Bauprogramms für Wohnungslose mit der Vorgabe: 150 neue Wohnungen für Obdachlose pro Jahr.
2. Stärkung der Selbstverantwortung des Einzelnen. Soziale Unterstützung muss - soweit es geht - immer Hilfe zur Selbsthilfe sein.
3. Erhalt der kommunalen Beschäftigungsprogramme mit einem Volumen von 25 Millionen Euro; zielgerichteter Einsatz der Mittel, um vor allem arbeitslosen Jugendlichen Perspektiven zu geben.
4. Nachhaltige Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ausbau von Strukturen zur Selbsthilfe.
5. Weitere Dezentralisierung der sozialen Arbeit, denn nur so ist ein bürgernahes, an den Bedürfnissen des Einzelnen ausgerichtetes Hilfsangebot möglich.
6. Deutliche Verbesserung der Schuldnerberatung, denn lange Wartezeiten treiben die Menschen nur weiter in die Armut.



7. Lösung der Mobilitätsbedürfnisse durch soziale Angebote im Tarifgefüge des MVV, um auch Hilfeempfängern ein Mindestmaß an Mobilität zu ermöglichen.
8. Stärkere Einbeziehung der Betroffenen in die Gestaltung sozialer Maßnahmen, um möglichst effektiv eine dauerhafte Verbesserung der Lebenssituationen zu erreichen.

Bürgerinnen, Bürger und Stadt

Die Stadt - das sind wir alle!

Ohne eine aktive Bürgerschaft, ohne engagierte Münchnerinnen und Münchner, ohne Initiativen vor Ort und die ehrenamtlichen Mitglieder



der Bezirksausschüsse wäre München nicht das, was es heute ist. Eine Vielzahl von Projekten in den Bereichen Umwelt, Soziales, Kultur, Planung und Integration wäre ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich - zum Beispiel Green City im Umweltbereich, Refugio als Initiative für Folteropfer und traumatisierte Flüchtlinge oder das Eine-Welt-Haus. Die GRÜNEN, selbst aus Bürgerinitiativen entstanden,

haben und werden solche Initiativen immer unterstützen. Dazu zählt auch die professionelle Unterstützung durch die Stadt mit Trainingsmaßnahmen, Informations- und Vernetzungsangeboten, aber auch die Bereitstellung und Ausstattung von Räumen sowie die finanzielle Förderung.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger wollen sich auch politisch betätigen und unsere Stadtgesellschaft mitgestalten. Die GRÜNEN im Rathaus vertrauen auf die Verantwortung der Münchnerinnen und Münchner für ihre Stadt. Stadtverwaltung und Stadtrat müssen sich

daher für das Bürgerengagement weiter öffnen: Sie müssen einen Teil ihrer Gestaltungsmacht in die Hand der Bürgerinnen und Bürger legen und die Arbeit von Initiativen in der Bürgerschaft aktiv unterstützen. Im Zweifelsfall müssen subsidiarisch kleinere Einrichtungen vor Ort die bürgerschaftlich notwendigen Aufgaben erfüllen.

GRÜNE Ziele für bürgerschaftliches Engagement, Bürgerbeteiligung, bürgerfreundliche Verwaltung:

1. Einrichtung weiterer Wohnertreffs und Mehrgenerationenhäuser als Basis für bürgerschaftliches Engagement.
2. Einführung innovativer Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern - etwa in stadtteilbezogenen Workshops und Zukunftswerkstätten für Verkehrs- und Stadtplanung.
3. Unterstützung des Bürgerengagements mit "Lotsen", die den Weg durch Verwaltung und Zuständigkeiten zeigen.
4. Transparentmachen der Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel mit Informationen im Internet, elektronischen Diskussionsforen und Online-Verfahren zur Bürgerbeteiligung.
5. Förderung von regionalen Bürgernetzwerken und Stadtteilarbeit durch Bereitstellung von Infrastruktur und professioneller Unterstützung.
6. Stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.
7. Einbezug des Selbsthilfepotentials von Migrantinnen und Migranten.
8. Ausweitung der Entscheidungsrechte in den Bezirksausschüssen.

Sicherheit

Für ein sicheres und liberales München

München ist die sicherste Großstadt Europas - und so soll es auch bleiben. Neben der Arbeit der Polizei ist das vor allem Aufgabe und Erfolg der kommunalen Sozial- und Bildungspolitik. Die GRÜNEN werden eine dauerhafte Ausgrenzung und Benachteiligung bestimmter Gruppen der Stadtgesellschaft nicht hinnehmen. Denn wer für sich keine Chancen sieht, das Gefühl hat, nicht dazu zu gehören, kann sich kaum positiv in das Miteinander der Münchnerinnen und Münchner integrieren. Dem präventiven Ansatz kommt eine entscheidende Bedeutung zu, um die soziale Kluft in der Stadtgesellschaft zu überwinden. Für München haben die GRÜNEN durchgesetzt, dass immer ein vernünftiges Maß zwischen Sozialarbeit und Repression eingehalten wird, wenn Störungen im öffentlichen Raum auftreten: Problematische Gruppen erhalten - so weit es geht - Hilfsangebote. Vertreibung ist keine Lösung sozialer Probleme.

Prävention darf nicht über das Ziel hinausschießen und Bürgerrechte wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aushöhlen. Einen großflächigen Einsatz der Videoüberwachung von Straßen, Plätzen und des ÖPNV lehnen die GRÜNEN daher ab. Videoüberwachung kann und darf den Einsatz von mehr Polizeistreifen, die zu Fuß unterwegs sind, nicht ersetzen. Polizeistreifen sind ein bewährtes Mittel, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

GRÜNE Ziele in der Sicherheitspolitik:

1. München soll auch künftig die sicherste Großstadt Europas bleiben - aber ohne Überwachungsstaat.
2. Verzicht auf den Einsatz von Überwachungskameras in den Fahrzeugen des ÖPNV.



3. Verankerung städtebaulicher Kriminalprävention bei allen großen Baumaßnahmen.
4. Sicherheit gewährleisten mit einer vernünftigen Kombination aus Sozial- und Sicherheitspolitik.
5. Prävention mit Vernunft und Augenmaß steht im Mittelpunkt - Repression kann nur die ultima ratio sein.

Rechtsextremismus

Rassismus und Antisemitismus keine Chance geben

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in München auch weiterhin keine Chance haben. In intensiver Vernetzung mit "Initiativen gegen rechts" gelang es den GRÜNEN immer wieder, die braunen Netzwerke in München offen zu legen. Rechtsextremismus ist nicht die Angelegenheit rechtsextremer Einzelpersonen, sondern der organisierte Versuch, menschenverachtende Parolen gezielt in der Stadtgesellschaft zu verbreiten und zu verankern. Wir werden daher alles dafür tun, dass rechtsextreme Parteien und ihre Ideologien auch künftig nicht im Münchner Stadtrat vertreten sind.

In einer liberalen und weltoffenen Stadtgesellschaft hat rechtsextremes Gedankengut kaum Chancen auf Akzeptanz. Aufklärung, Erinnerung und Gedenken sind für die GRÜNEN die wichtigsten Instrumente gegen Rassismus und Antisemitismus. Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit müssen gerade in Schulen immer wieder thematisiert werden. Dazu gehört aber auch ein offener Umgang mit der Vergangenheit Münchens als "Hauptstadt der Bewegung". Die GRÜNEN haben dazu beispielsweise den Aufbau eines NS-Dokumentationszentrums in München initiiert und unterstützen das jüdische Zentrum am Jakobsplatz.



GRÜNE Ziele bei der Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung:

1. Weiterhin Bekämpfung rechtsextremer, ausländerfeindlicher oder antisemitischer Äußerungen und deren Dokumentation in der von den GRÜNEN durchgesetzten Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle.
2. Fortsetzung der Organisation demokratischer Bündnisse gegen Neonazi-Aufmärsche in München.
3. Mitberücksichtigung der Erinnerungsarbeit zu 75 Jahren Machtergreifung im Rahmen der Feierlichkeiten zum 850. Stadtgeburtstag.
4. Angemessene Ausgestaltung des Denkmals der Opfer des rechts-extremen Bombenanschlags auf das Oktoberfest.

Kultur

So vielfältig wie die Menschen

Kultur ist das Salz des urbanen Lebens. Deswegen muss das kulturelle Leben einer Stadt allen Bürgerinnen und Bürger eine Teilnahme ermöglichen - nur wer sich im kulturellen Angebot wiederfindet, wird sich auch mit seiner Stadt identifizieren können. Kunst und Kultur bauen Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen und verstärken den Dialog der Menschen aus verschiedenen Ländern inner-

halb Münchens und darüber hinaus. Die GRÜNEN setzen sich daher für Institutionen der Hochkultur - wie etwa die Philharmoniker - genauso ein wie für eine lebendige freie Szene, Subkultur und lokale Ansätze in der Stadtteilkultur.

Kultur muss gerade in München auch immer Erinnerungsarbeit sein. Endlich wurde das Jüdische Museum eröffnet, das NS-Dokumentationszentrum wird trotz aller Widrigkeiten kommen, die Kulturgeschichtspfade werden jedes Jahr mehr. Als einzige Partei sind wir der Ansicht, dass auch in München - wie in vielen anderen deutschen Städten - sog. Stolpersteine zur Erinnerung an ermordete und vertriebene Münchnerinnen und Münchner im öffentlichen Straßenraum eingelassen werden sollten.

Zur GRÜNEN Kulturpolitik gehören auch Erhalt und Ausbau kultureller Bildung für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen/ Senioren - zum

Beispiel in Angeboten der Volkshochschule - und die bessere Einbindung von Künstlerinnen und Künstlern bei der Stadtplanung. Kultur muss auch Neues und Außergewöhnliches wagen. Ohne die GRÜNEN würde es beispielsweise das geplante Großkunstwerk am Effnerplatz "Mae West" nicht geben. Aufgabe von Kultur ist aber



auch Erinnern und Aufklärung über die Vergangenheit. So haben die GRÜNEN erreicht, dass von den Nazis nach Ereignissen und Verbrechen des deutschen Kolonialismus benannte Straßen neue Namen bekommen können, etwa die Umbenennung der von-Trotha-Straße in Hererostraße.

GRÜNE Ziele in der Kulturpolitik:

1. Umsetzung des Konzeptes der Mittelpunktsbibliotheken zum Erhalt eines dezentralen und hochwertigen Angebotes der Stadtbibliotheken.
2. Aufwertung des Stadtmuseums zum Museum des 21. Jahrhunderts und historisch behutsame Renovierung des Lenbachhauses.
3. Kulturelle Vielfalt durch Förderung kleiner Gruppen ebenso wie durch Erhalt der Musicalbühne des Deutschen Theaters.
4. Erhaltung der freien Kunst im öffentlichen Raum - gerade, wenn sie kontrovers ist und verstört.
5. Öffnung der kulturellen Institutionen und Förderung für Künstlerinnen/Künstler und Künstlergruppen mit Migrationshintergrund.
6. Stärkung des Eine-Welt-Hauses als interkulturellem Treffpunkt und als Zentrum der Friedens- und Nord-Süd-Arbeit.
7. Grundsteinlegung und zügiger Bau des NS-Dokumentationszentrums.
8. Verlegung von Stolpersteinen für alle ermordeten und vertriebenen Münchnerinnen und Münchner.
9. Einrichtung eines Proben- und Theaterhauses für freie Theatergruppen, -projekte und -festivals.
10. Förderung von Künstlerinnen und Künstlern durch Bereitstellung von Ateliers zu bezahlbaren Preisen und Einrichtung eines Büros für Zwischennutzungen.
11. Einführung einer Kulturtaxe zur Beteiligung des Tourismus an der Finanzierung der Kultureinrichtungen.

Sport

Aktiv sein stärkt Gesundheit, Selbstvertrauen und Teamgeist

Es gibt kaum eine Sportart, die in München nicht ausgeübt werden kann. Über 500.000 Bürgerinnen und Bürger sind Mitglied in einem

der mehr als 700 Sportvereine. "Mitmachangebote" wie Blade-Night, Triathlon für alle oder der Münchner Stadtlauf erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Aufgabe der Kommune ist dabei in erster Linie, ausreichend Räume und Flächen für Sporttreibende zur Verfügung zu stellen. Die GRÜNEN setzen sich



intensiv dafür ein, dass Sportstätten gleichberechtigt von allen Münchnerinnen und Münchnern genutzt werden können. In die Richtlinien der Vereinsförderung wurde beispielsweise der Mädchensport als Kriterium mit aufgenommen, damit auch Mädchen ein möglichst umfangreiches Sportangebot nutzen können. Beim Frauenbadetag, der auf Antrag der GRÜNEN eingerichtet wurde, genießen es nicht nur muslimische Frauen, ohne Männerblicke schwimmen zu können.

Zunehmend arbeiten Sportvereine auch mit Krankenkassen zusammen und bieten ein Programm zur Gesundheitsförderung für alle Altersgruppen. Eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielt der Sport auch bei der Vermittlung sozialer Kompetenzen: Ein faires Miteinander gehört ebenso dazu wie gegenseitige Rücksichtnahme oder das maßvolle, gewaltfreie Gegeneinander. Um diese Leistungen nicht zu gefährden, unterstützen die GRÜNEN die Anti-Gewalt-Arbeit in den Vereinen und die Arbeitsgruppe "Gewalt im Sport" des

Münchner Sportbeirates bei der Erarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Gewaltprävention.

Der Spitzensport ist in München viel mehr als nur Fußball. Die Europameisterschaft der Leichtathleten, ausverkaufte Handballspiele oder die zahlreichen Zuschauer bei Marathonläufen zeigen das breite Interesse der Münchner Bevölkerung an sportlichen Ereignissen. München braucht den Spitzensport auch, weil die Akteure dort die Vorbilder der Kinder und Jugendlichen im Breitensport sind. Gleichzeitig ist die Nachwuchsarbeit in den Vereinen die Basis für den Spitzensport. Die GRÜNEN fordern daher den Erhalt und Ausbau der sportlichen Vielfalt in München im Breitensport genauso wie im Angebot für Veranstalter im Spitzensport.

GRÜNE Ziele im Sportbereich:

1. Frühzeitige Planung von Bezirkssportanlagen bei der Ausweisung größerer Neubaugebiete.
2. Unterstützung von Vereinen mit eigenen Sportanlagen und Bereitstellung ausreichender Flächen für den Freizeitsport.
3. Mehr Angebote zielgruppengerechter Sportaktivitäten für Mädchen und Frauen.
4. Unterstützung für Gesundheitsförderung und Seniorenprogramme in den Vereinen.
5. Professionelle Hilfe für die Sportvereine bei ihrer Anti-Gewalt-Arbeit.
6. Ausweitung der Ausbildung von Übungsleitern um sozialpädagogisches Wissen und interkulturelle Kompetenzen.
7. Förderung der kulturellen Vielfalt in den Vereinen für eingelebtes Miteinander im Sport.

8. Unterstützung von Sportveranstaltern durch kundenfreundliche Beratung und ein modernes Raum- und Flächenmanagement.

Global denken - lokal handeln

München in der Einen Welt

München als Weltstadt inmitten einer starken Industrienation hat die Verpflichtung, sich so zu verhalten, dass ihre Stadtgesellschaft möglichst wenig Schaden in der sogenannten "Dritten Welt" verursacht. Ihre politische Position muss sie dazu nutzen, ökologische Verantwortung für zukünftige Generationen und soziale Gerechtigkeit in internationalen Beziehungen zu verwirklichen.

Konkret heißt das für die GRÜNEN im Münchner Rathaus, dass Klimaschutz auf der Agenda ganz oben steht, da die Völker in den armen Ländern dieser Erde als erste die Auswirkungen der Klimakatastrophe zu spüren bekommen werden. München stellt sich seiner Verantwortung immer wieder mit Hilfen bei Umweltkatastrophen - wie etwa für Sri Lanka und Indonesien nach dem Tsunami im Jahr 2004. München muss trotz der verheerenden Menschenrechts- und Versorgungslage in Zimbabwe die Partnerschaft mit den demokratischen Gruppen in Harare aufrecht erhalten und sobald wie möglich wieder intensivieren.

Es ist ein Erfolg GRÜNER Politik, dass München ebenso Mitglied im Klimabündnis mit den Völkern Amazoniens wie in einer Reihe anderer der Nachhaltigkeit und dem ökologischen Handeln verpflichteter



internationaler Gremien wurde. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass die damit verbundenen Versprechen und Verpflichtungen eingehalten werden: Münchens ist ein verlässlicher Partner in der Einen Welt.

GRÜNE Ziele in der Einen Welt:

1. Weiterhin Verfolgung einer sozialen und humanen Flüchtlingspolitik, Stärkung des Themas Nord-Süd-Konflikt in der Lehrerfortbildung und ein intensiver Austausch der Kulturen zum Beispiel im Eine-Welt-Haus.
2. Selbstverpflichtungen der Stadtverwaltung, keine Produkte aus Tropenholz und Kinderarbeit wie beispielsweise Teppiche, Fußbälle oder Grabsteine zu verwenden.
3. Aufrechterhaltung der Regularien für Altkleidersammlungen, damit die Märkte in den Ländern der "Dritten Welt" nicht mit Billigprodukten überschwemmt werden und die dort gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zerstören.



Unsere KandidatInnen für den Stadtrat



1. Sabine Krieger (50)
Umweltjournalistin
Stadträtin



2. Hep Monatzeder (56)
Bürgermeister



3. Lydia Dietrich (47)
Krankenschwester
Stadträtin



4. Sigi Benker (50)
Sozialpädagoge
Stadtrat



5. Jutta Koller (51)
Bildungsbegleiterin für MigrantInnen
Stadträtin



6. Paul Bickelbacher (44)
Stadt- und Verkehrsplaner



Unsere KandidatInnen für den Stadtrat



7. Gülseren Demirel (43)
Interkulturelle Trainerin



8. Dr. Florian Roth (40)
Berater für Schule und Bildung



9. Sabine Nallinger (44)
Verkehrs- und Umweltplanerin



10. Boris Schwartz (46)
Umweltschutzingenieur
Stadtrat



11. Elena Schmidt (26)
Sozialwissenschaftlerin



12. Florian Vogel (28)
Arzt



Unsere KandidatInnen für den Stadtrat



13. Anke Wittmann (61)
Ausbildungsplatzvermittlerin



14. Alex Aichwalder (30)
Politikwissenschaftler



15. Anja Berger (36)
Sonderschullehrerin



16. Herbert Danner (53)
Solar- und Umweltberater,
Baubiologe



17. Gesa Tiedemann (52)
Stiftungsgeschäftsführerin



18. Dieter Janecek (31)
Sozialwissenschaftler



Unsere KandidatInnen für den Stadtrat



19. Ulrike Goldstein (31)
Rechtsanwältin



20. Dr. Michael Bärmann (66)
Dipl.-Biologe

- 21 Judith Greif, 23, Studentin.
- 22 Bernd Schreyer, 56, Sozialplaner.
- 23 Karin Binsteiner, 51, Pädagogin.
- 24 Nikolaus Hoenning, 35, Dipl.-Politikwissenschaftler.
- 25 Petra Tuttas, 49, Ethnologin.
- 26 Roland Zintl, 49, Architekt.
- 27 Lotte Lang, 46, Sozialarbeiterin.
- 28 Andreas Schönbach, 28, städt. Verwaltungsbeamter.
- 29 Erika Sturm, 45, Großhandelskauffrau.
- 30 Guido Bucholtz, 53, Netzwerkadministrator.
- 31 Myriam Schippers, 30, Sozialwissenschaftlerin.
- 32 Hans Dusolt, 55, Dipl.-Psychologe.
- 33 Ruth Pouvreau, 38, Lehrerin.
- 34 Falk Lamkewitz, 57, Geschäftsführer.
- 35 Hanna Sammüller, 25, Jura-Studentin.
- 36 Daniel Kosatschek-Brandt, 31, Statistiker.
- 37 Kirsten Bärmann-Thümmel, 64, Redakteurin.
- 38 Manfred Maier, 28, Verwaltungsbeamter.
- 39 Dr. Gisela Werner, 52, Psychologin.
- 40 Julian Mehnle, 29, Softwareentwickler (selbst.).
- 41 Christine Lamkewitz, 54, Unternehmerin.
- 42 Dr. Paolo Sala, 53, Chemiker.
- 43 Ingrid Standl, 56, Sozialarbeiterin.



- 44 Dr. Peter Sopp, 47, Sozialforscher (selbst.).
- 45 Alexandra Weiß, 39, Landschaftsökologin.
- 46 Uwe Kramm, 40, Buchhändler.
- 47 Elke Kremer, 40, Sozialarbeiterin.
- 48 Michael Heeger, 59, Diplomphysiker.
- 49 Daniela Stelzer, 26, Patentanwaltsfachangestellte.
- 50 Jerzy Montag, 60, Rechtsanwalt.
- 51 Regina Feil, 56, Erzieherin.
- 52 Veit Wittmann, 28, Angestellter.
- 53 Berti Furtner-Loleit, 53, Politologin.
- 54 Jens Mühlhaus, 36, Bauingenieur (selbst.).
- 55 Dr. Sylvia Franzl, 52, Biologin
- 56 Dr. Anantha Swamy, 74, Physiker (selbst.).
- 57 Helga Weidner, 66, Hausfrau.
- 58 Christopher Dietz, 30, Rikschafahrer.
- 59 Tassia Fouki, 48, Kauffrau.
- 60 Christian Waggerhauser, 47, Kulturveranstalter.
- 61 Manuela Diebolder, 41, Wirtschaftspädagogin.
- 62 Martin Schmid, 20, Schüler.
- 63 Helga Solfrank, 52, Sozialpädagogin (grad.).
- 64 Romanus Scholz, 54, Verkehrsplaner.
- 65 Monika-Anna Seliger, 48, Dipl.-Sozialpädagogin.
- 66 Dominik Pelders, 30, Techn. Angestellter.
- 67 Sara Maier, 21, Studentin.
- 68 Sigfried Liedl, 64, Gymnasiallehrer.
- 69 Conny Folger, 54, stellvertretende Schulleiterin.
- 70 Joachim Lorenz, 57, Umwelt-und Gesundheitsreferent
- 71 Angela Wilson, 63, IT-Unternehmerin.
- 72 Gerhard Metzger, 52, Softwareingenieur.
- 73 Ilknur Yilmaz, 38, Angestellte im öffentl. Dienst.
- 74 Hanno Güntsch, 37, Online-Redakteur.
- 75 Sybille Stöhr, 37, Wander- und Trekking-Reiseleiterin.
- 76 Werner Nüble, 47, Sozialplaner.
- 77 Elisabeth Fuchs, 74, Rentnerin.
- 78 Markus Preißler, 43, Projektmanager.
- 79 Sabine Handschuk, 52, interkulturelle Referentin (selbst.).
- 80 Dr. Hubertus Schröer, 62, Stadtdirektor.



Kommunalwahl 2008 - wie geht's?

Für die Wahl der Stadträtinnen/Stadträte hat jede und jeder Wahlberechtigte 80 Stimmen zu vergeben. **Achtung:** Bei der Vergabe von mehr als 80 Stimmen ist der ganze Stimmzettel ungültig!

Die Stadtratskandidatinnen/-kandidaten treten für verschiedene Parteien bzw. Listen an, deren Namen auf dem Stimmzettel oben in der zweiten Zeile stehen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten zu wählen:

Möglichkeit 1:

Sie kreuzen nur den Namen einer Partei/Liste an.

Die einfachste Möglichkeit, Ihre 80 Stimmen zu vergeben: Sie machen ein Kreuz vor dem Namen der Partei/Liste, die Sie wählen wollen. Jede Kandidatin/jeder Kandidat auf der entsprechenden Liste erhält dann automatisch eine Stimme.

MUSTER		BEISPIEL	
Wahlvorschlag Nr.		Wahlvorschlag Nr. 3	
	Kennwort/Name der Partei oder Liste	<input checked="" type="checkbox"/>	Bündnis 90/Die Grünen
	Familienname, Vorname Beruf oder Stand		Krieger, Sabine Umweltjournalistin Stadträtin
	Familienname, Vorname Beruf oder Stand		Monatzeder, Hep Bürgermeister

Möglichkeit 2: kumulieren (häufeln)

Sie geben einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten bis zu 3 Stimmen.

Sie haben die Möglichkeit, einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten bis maximal 3 Stimmen zu geben oder deren Namen zu streichen.

Machen Sie zuerst ein Kreuz vor dem Namen der Partei/Liste, da sonst nur die gehäufelten Kandidatinnen und Kandidaten gezählt werden.

Nun können Sie vor dem Namen einer Kandidatin/eines Kandidaten eine 2 oder 3 schreiben. (Sie können auch vor mehreren Namen eine 2 oder 3 schreiben.) Dadurch erhalten diese Kandidatinnen/Kandidaten nicht nur eine, sondern 2 oder 3 Stimmen. Aber vergeben Sie nicht mehr als 80 Stimmen.

Es ist auch möglich, einzelne Kandidatinnen/Kandidaten zu streichen - auch wenn Sie keine Stimmen gehäufelt haben.

Wahlvorschlag Nr.	
<input checked="" type="checkbox"/>	Kennwort/Name der Partei oder Liste
<input checked="" type="checkbox"/>	Familiename, Vorname Beruf oder Stand
2	Familiename, Vorname Beruf oder Stand
3	Familiename, Vorname Beruf oder Stand

Möglichkeit 3: Panaschieren

Sie vergeben Ihre Stimme an Kandidatinnen/Kandidaten verschiedener Parteien/Listen.

Sie können neben den Kandidatinnen/Kandidaten, die Sie aus einer Partei wählen, auch Kandidatinnen/Kandidaten aus anderen Parteien/Listen wählen (panaschieren).

Auch beim Panaschieren machen Sie zunächst bitte das Kreuz vor dem Namen der Partei/Liste, die Sie wählen möchten.

Innerhalb dieser Partei können Sie einzelnen Kandidatinnen/Kandidaten bis zu drei Stimmen geben bzw. deren Namen streichen.

Nun können Sie auch Kandidatinnen/Kandidaten anderer Parteien oder Listen Ihre Stimme geben: Dazu machen Sie dem Namen ein Kreuz, wenn Sie eine Stimme vergeben wollen. Sie schreiben vor dem Namen eine 2 oder 3, wenn Sie zwei oder drei Stimmen vergeben möchten.

Der Rest der Stimmen geht an die Liste, bei der Sie Ihr Kreuz vorm Namen der Partei/Liste gemacht haben.

Müssen Sie noch Stimmen streichen, so ist das nur bei der Liste sinnvoll, die Sie angekreuzt haben, da nur dort jede Kandidatin/jeder Kandidat jeweils automatisch eine Stimme zugewiesen bekommt - natürlich dann nicht, wenn Sie einen Namen gestrichen haben.

Wahlvorschlag Nr. x	
	Kennwort/Name der Partei oder Liste
2	Familienname, Vorname Beruf oder Stand
	Familienname, Vorname Beruf oder Stand
x	Familienname, Vorname Beruf oder Stand

Wahlvorschlag Nr. 3	
x	Kennwort/Name der Partei oder Liste
x	Familienname, Vorname Beruf oder Stand
	Familienname, Vorname Beruf oder Stand
3	Familienname, Vorname Beruf oder Stand



Bildnachweise

Kapitel: Rechteinhaber

Wohnen: Markus Viellvoye

Stadtplanung: © Wolfgang Roucka

Ökol. Modernisierung: flickr.com © Diego Wyllie

Klimaschutz: photocase.com © Florian Weißenstein

Mobilität und Verkehr: photocase.com © Manuel Engler

Familie: photocase.com © Monika Sulc

Öko-Region München: photocase.com © Max Dirndorfer

Demografischer Wandel: BlickReflex.de © Jan Gropp

Wirtschaft: photocase.com © Thomas Kerzner

Jugend: photocase.com © Nadine Platzek

Schule und Bildung: photocase.com © Monika Sulc

Gleichstellung: photocase.com © Sebastian Sach

Vielf. Lebensentwürfe: photocase.com © Joachim Töllner

Migration: © René Heckmann

Gesundheit: photocase.com © Anna-Lena Thamm : cydonna

Ernährung: © FotoArt Maren Beßler

Soziales: Markus Viellvoye

Bürgerinnen, Bürger: Markus Viellvoye

Kultur: © die urbanauten

Sport: © Green City e.V.

Global denken: Catharina Hess



Impressum

Herausgeber:
Kreisverband München
Bündnis 90 / Die Grünen
Sendlinger Straße 47
80331 München
Tel: 089 / 201 44 88
Fax: 089 / 202 18 14

www.gruenemuenchen.de

Redaktion:

Andreas Kunkel
Florian Vogel (verantwortlich)
Herrad Meese
Markus Viellvoye
Myriam Schippers
Stephan Wengenroth

Layout:
Dominik Pelders
Elke Reinhart



Für Ihre Notizen





Für Ihre Notizen

